

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	4
		TOP:	3
	Verhandlung	Drucksache:	1361/2021
		GZ:	0322-05
Sitzungstermin:	07.02.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Herr Kelm (HauptPersA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / fr		
Betreff:	Jugendratswahl 2023 und Ausblick auf die Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 26.01.2022, GRDRs 1361/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Jugendratswahl im Jahr 2023 und der Durchführung von offenen Beteiligungsformen in allen Stadtbezirken wird zugestimmt.
2. Die für die Vorbereitung und Durchführung der Jugendratswahlen 2023 entstehenden Aufwendungen in Höhe von 70.000 EUR werden entsprechend der Darstellung im Abschnitt Finanzielle Auswirkungen gedeckt.
3. Vom Ausblick zur Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung wird Kenntnis genommen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Jugendratswahlen 2023 sollen 70.000 € für entstehende Aufwendungen bereitgestellt werden, so die Vorsitzende. Weiterhin gehe es bei der Vorlage um die Durchführung von offenen Beteiligungsformen in sämtlichen

Stadtbezirken sowie um einen Ausblick hinsichtlich der Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung.

StRin Ciblis (90/GRÜNE) lobt, dass sich die Jugendräte aufgemacht hätten, interessierte Jugendliche anzusprechen und für eine Mitarbeit gewinnen könnten. Sie erkundigt sich, ob die Jugendlichen Ideen hätten, welchen Status sie im Vergleich zu den gewählten Mitgliedern einnehmen könnten. Hierzu erwähnt Herr Kelm, es werde verwaltungsrechtlich geprüft, welchen Status die Jugendlichen gegenüber den Jugendräten - in Bezug auf das Stimmrecht - einnehmen könnten. In der nächsten Vorlage werde dieser Punkt vorgestellt. Wenn es nach den Jugendlichen ginge, so Herr Kelm, bekämen die neugewonnenen Jugendlichen nach Ansicht der Jugendräte ein Stimmrecht.

Darüber hinaus erwähnt StRin Ciblis, sie könne verstehen, dass Jugendliche sich nicht für zwei Jahre für ein Jugendratsamt verpflichten wollen. Der Überprüfung, ob die Jugendlichen in so genannten Aktionsgruppen sich dem Jugendrat anschließen könnten, um nach Bedarf projektbezogen und amtszeitunabhängig mit den Jugendratsgremien zusammenzuarbeiten, schließe sie sich an. Die Überlegung, die Mindestmitgliederzahl für die Durchführung einer Wahl zu senken, sei berechtigt. Hierzu interessiert sie der aktuelle Stand der Dinge. Bei einer flexiblen Handhabung der Mitgliederzahlen, so Herr Kelm, müsse geprüft werden, ob die Mitgliederzahlen gesenkt werden können. Es werde an einem Konstrukt gearbeitet, und dieses vor der Sommerpause vorgestellt.

StRin Ripsam (CDU) meint, die Verpflichtung auf zwei Jahre könne für Jugendliche einen langen Zeitraum bedeuten - allerdings sichere der Zeitraum die Möglichkeit, Projekte umzusetzen. Die Anzahl der Mitglieder sollte ihrer Meinung nach flexibler gehandhabt werden, sodass der Jugendrat nicht mehr über so viele Mitglieder wie bisher verfüge. Jugendräte sollten über alle Schulformen gewonnen werden. Diese Ansicht teilt StRin Ciblis. Die Stadträtinnen interessieren sich, wie die Lehrerschaft die Jugendratswahl unterstützen könne. Dabei stellt sich StRin Ripsam Ansprechpartner/Beauftragte an den Schulen vor, um den einen oder anderen Jugendlichen für die Wahl zu gewinnen. Die Schlüsselpersonen in den Schulen, so Herr Kelm, seien die Gemeinschaftskunde- und Politiklehrer*innen. Mit dieser Gruppe sei man bereits in gutem Kontakt. Es sei geplant, auf die entsprechenden Personen zuzugehen, damit das Thema im Unterricht integriert werden könne. Den Schulen, die nicht persönlich aufgesucht werden können, werden Filme und Werbematerial zur Verfügung gestellt, ergänzt Herr Kelm.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung und einer Änderung der Rahmenbedingungen der Jugendratswahlen äußert StRin Ripsam, sie sei gespannt auf die angekündigte Vorlage vor der Sommerpause. Dem Vorschlag der StRinnen Ripsam und Ciblis, auf die Schulen zuzugehen, schließt sich StRin Meergans (SPD) vollumfänglich an.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, die Jugendräte hätten im Gemeinderat Rederecht und sollten in die politischen Debatten einbezogen werden. Zudem sollte der Jugendrat in den Medien besser wahrgenommen werden. Es sollte überlegt werden, ob die Gemeindeordnung dahingehend geändert werden könnte, damit der Jugendrat gestärkt werde. Bezogen auf die Stadtbezirke, in denen weniger Jugendliche gewonnen werden, könnte die Situation mit Jugendforen kompensiert werden, um Jugendliche am kommunalen Geschehen zu beteiligen.

Frau Seyler als Vertreterin des Jugendrats bekräftigt die Ausarbeitung von Werbemaßnahmen, um Jugendliche für die Aufgabe zu gewinnen. Ebenso die Einbeziehung von digitalen Formaten, wie Social Media, Instagram und eines Jugend-Hearings, um mit interessierten Jugendlichen digital zu kommunizieren. Der Idee, dass Jugendliche in Aktionsgruppen sowie nach Bedarf projektbezogen und amtszeitunabhängig mit den Jugendratsgremien zusammenarbeiten, schließen sich Herr Schell und Frau Seyler vollumfänglich an. Herr Schell berichtet, in der Vergangenheit habe es bereits Jugend-Hearings gegeben, im Rathaus und in kleineren Jugendforen, die in den Bezirken stattgefunden hätten. Das Konzept, ein Zusammenschluss von Jugendlichen in Aktionsgruppen unter Einbindung von Youtube und Tiktok, um Beteiligungsformate auszuweiten, sieht er als richtigen Weg an. Herr Schell freut sich auf die angekündigte Vorlage und bemerkt, er hoffe, dass die Anregungen der Mitglieder aufgegriffen werden.

Herr Meier teilt die Ansicht von Frau Seyler und Herrn Schell und berichtet, gute Erfahrungen seien durch die digitale Jugendkonferenz sowie durch die Jugendbefragung erreicht worden. Aktionsgruppen sowie Hearings und Foren seien der richtige Weg neben der Beteiligung als Jugendrat. Die Ansprache der Jugendlichen über die Schulen unter Einbindung der Träger, wie die mobile sowie die verbandliche Jugendarbeit, sieht er wie seine Vorredner*innen auch als wegweisend an. In Ergänzung zu dem Wortbeitrag von Herrn Meier regt Herr Pohl an, über die Aktiv-Spielplätze und Jugendfarmen sowie über die Kinderkonferenzen die Aktionsgruppen sowie den Jugendrat zu bewerben. Über diese Maßnahmen könnten auch Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Milieus angesprochen werden. Er bittet die Fachverwaltung und das Kinderbüro, diese Thematik aufzugreifen.

Frau Haller-Kindler (OB-KB) weist auf die Möglichkeit hin, über die Kinderversammlung und die Aktionsgruppen für Nachwuchs für den Jugendrat zu sorgen. Zu den Aktionsgruppen teilt die Kinderbeauftragte mit, die Beteiligungsformate niederschwellig, ergänzend zum Jugendrat, ausbauen zu wollen. Mit digitalen Formaten seien im Anschluss an die Jugendbefragung gute Erfahrungen gemacht worden. Weitere Akteure, wie beispielsweise die Bürgerstiftung, interessierten sich ebenfalls für den Ausbau der Jugendbeteiligung.

Herr Kelm bedankt sich für die Vorschläge und Anregungen und bemerkt, während der Pandemie hätten die Jugendlichen kontinuierlich ihre Aufgaben wahrgenommen und sich unter den schwierigen Umständen beteiligt.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. OB-ICG
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
 6. Referat JB
Jugendamt (2)
 7. *BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu*
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion

kursiv = kein Papierversand